



## Agenda 2010 - Gorleben Stopp!

Egal wie die Bundestagswahl ausgehen wird, das Jahr 2010 wird zu weiteren heftigen Debatten um die Atomenergie führen: Das Moratorium, den Salzstock in Gorleben als Lager für hochradioaktive Abfälle zu erkunden, läuft aus und Parlament und Bundesregierung müssen handeln. Der nächste Castortransport ins Wendland steht für den Herbst an. Außerdem werden Vattenfall, die Alt-AKW's und auch die Sanierung der absaufenden Atommüllkippe ASSE II und Morsleben mit Sicherheit auf der Agenda 2010 stehen.

Im sogenannten Atomkonsens aus dem Jahr 2000 hatten sich Stromwirtschaft und die damalige Bundesregierung auf ein bis zu zehn Jahre dauerndes Moratorium in Gorleben geeinigt. Das endet im Jahr 2010. Diese Zeit sollte genutzt werden, um grundsätzliche Sicherheitsfragen zur Lagerung des hochradioaktiven Mülls aus den Atomkraftwerken zu klären und außerdem „ergebnisoffen“ alternative Standorte zu untersuchen.

Bis heute ist allerdings nichts geschehen: Die große Koalition hat zwar angekündigt, bis zum Ende der Legislaturperiode eine Lösung für die ungelöste Entsorgung des hochradioaktiven Atommülls vorzulegen. Praktisch aber hat die CDU/CSU jeden Versuch einer alternativen Standortsuche gemeinsam mit der Atomindustrie blockiert. Auch die SPD ist in dieser Frage bestenfalls halbherzig: Obwohl die bisherige Erkundung zeigt, dass Gorleben nicht geeignet ist, hält Umweltminister Gabriel an diesem Standort fest. Nicht Sicherheit ist ausschlaggebend, sondern partei- und machtpolitische Winkelzüge.

Während öffentlich behauptet wird, dass es keine Vorfestlegung auf Gorleben gäbe, häufen sich die Beweise, dass es nie eine „ergebnisoffene Erkundung“ gegeben hat: Erst vor wenigen Wochen deckte die Frankfurter Rundschau auf, dass die Schächte und Stollen in Gorleben von Anfang an größer ausgelegt

worden sind, als für eine Erkundung erforderlich. Das hat die bisherigen Kosten fast verdreifacht. Allein dies macht klar: Eine Allianz aus Politik, Industrie und Behörden hat von Anfang an Gorleben als Atommüllkippe auserkoren, egal, was die Erkundung ergibt. In den vergangenen Wochen und Monaten haben Äußerungen von Merkel und anderen klar gemacht, dass nicht Sicherheit, sondern finanzielle Fragen im Vordergrund stehen.

Rund um die Vorgänge in dem vom Einsturz bedrohten ehemaligen „Forschungs-Lager“ ASSE II wird immer deutlicher: Unter dem Deckmantel der Forschung hat ein Kartell aus Behörden, Politik und Industrie faktisch die Endlagerung von Atommüll betrieben. Ein Kartell des Schweigens hat es geschafft, Rechtsstaatlichkeit vorzugaukeln, dabei sämtliche Sicherheitsrisiken zu ignorieren und jahrzehntelang die Öffentlichkeit zu belügen. Zur Rechenschaft gezogen wird niemand, die Zeche wird der Steuerzahler zahlen. Bis zu vier Milliarden Euro kann der Rettungsversuch kosten, der derzeit in der ASSE begonnen wird.

Nicht viel anders sieht es im Atommülllager Morsleben aus. Anfang der 90er Jahre hat Angela Merkel als Umweltministerin sämtliche Sicherheitsbedenken bezüglich der Standfestigkeit des Salzstock seitens der zuständigen Fachbehörden in Sachsen-Anhalt und

beim Bundesamt für Strahlenschutz einfach vom Tisch gewischt und der Einlagerung großer Mengen radioaktiver Abfälle aus westdeutschen Atomkraftwerken zugestimmt. Merkel verhalf der Atomlobby so zu einem kostengünstigen Ausstieg aus dem Entsorgungsdilemma, bevor es zu schweren Deckeneinstürzen kam. Auch hier zahlt mit mindestens 2,5 Milliarden Euro der Steuerzahler die Zeche.

2010 droht die Gefahr, dass angesichts des Stillstands bei der Endlagersuche und angesichts bislang 1,5 Mrd. investierter Euro, Gorleben trotz mangelnder Eignung zur Atommüllkippe gemacht werden könnte. Die Anti-Atom-Bewegung hat in den letzten Monaten deutlich gemacht, wie lebendig und stark sie ist. Die Demonstrationen zum letzten Castortransport nach Gorleben waren der Auftakt. Seitdem finden überall in der Republik Aktionen und Veranstaltungen für den Ausstieg aus der Atomenergie statt. Die Ereignisse in der ASSE, im AKW Krümmel und bei Vattenfall sowie im AKW Biblis B haben die Atomenergie zum Wahlkampfthema gemacht. Deshalb können wir der kommenden Bundesregierung versprechen, egal aus welchen Farben sie sich zusammen setzen wird: Gorleben wird nicht zur Atommüllkippe! Der nächste Castor wird nicht durchkommen! Atomausstieg sofort!

*Dirk Seifert, Hamburg*